

<https://www.berliner-zeitung.de/news/nach-ausschreitungen-in-frankreich-ist-sowas-auch-in-deutschland-moeglich-li.365913> 5.7.2023

Krawalle in Frankreich: Ist sowas auch in Deutschland möglich?

Über die Probleme in den französischen Banlieues wird seit Jahrzehnten diskutiert. Manche deutsche Migrationsforscher warnen vor „französischen Verhältnissen“ hierzulande. Doch ist das eine ernste Gefahr?

Paris/Berlin-Die seit Jahrzehnten in Frankreichs Vorstädten aufflammenden Unruhen zeugen von einer Geschichte der gescheiterten Integration. So auch jetzt nach dem [Tod eines Jugendlichen durch einen Polizeischuss](#). Auch wenn eine jüngst vorgelegte Migrationsstudie in Frankreich zeigt, dass sich für Zuwanderer der zweiten Generation die Lebensbedingungen bessern, fühlen sich viele diskriminiert – auch solche mit französischem Pass. Forscher sind sich einig: An der sozialen Isolation und Benachteiligung in den Banlieues hat sich trotz vieler Bemühungen wenig geändert.

Laut der Migrationsstudie des Instituts Insee wohnen über 30 Prozent der Migranten aus Afrika in solchen oft überfüllten Quartieren.

In Frankreich lebten 2021 rund 7 Millionen Migranten, was einem Anteil von 10,3 Prozent der Bevölkerung entspricht, dazu kommt ein noch etwas größerer Anteil von Migranten in zweiter Generation.

Die Migranten leben dabei verstärkt in den Ballungsräumen, vor allem dem Großraum Paris.

Keine Brennpunkt-Vorstädte in Deutschland, aber Ähnlichkeiten

Soziale Brennpunkte gibt es auch in Deutschland. Die stellvertretende Vorsitzende des Sachverständigenrats für Integration und Migration, Birgit Leyendecker, sieht dennoch erhebliche Unterschiede.

Sie sagt: „Die sogenannten Banlieues wurden damals als Arbeiterquartiere quasi aus dem Boden gestampft. Dort fehlte es an Infrastruktur, Kinderärzten, Sportplätzen, Jugendtreffs.“ In Deutschland seien nach der

Anwerbung der sogenannten Gastarbeiter dagegen keine großen Wohnviertel für ausländische Arbeitskräfte errichtet worden. Aber auch hier gebe es einzelne Orte, wo die Wohnverhältnisse schlecht seien und der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte hoch.

Ein Beispiel dafür sei die Dortmunder Nordstadt. Untersuchungen zeigten, dass die dortigen Viertel wegen der günstigen Mieten vor allem „Wohnviertel des Ankommens“ seien. „Etwa die Hälfte der Menschen, die dort lebt, zieht innerhalb von 15 Jahren wieder weg“, weiß Leyendecker, die an der Ruhr-Universität Bochum lehrt.

Im Jahr 2022 lag der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in Deutschland bei 28,7 Prozent. Von den 23,8 Millionen Personen mit Migrationshintergrund waren 12,2 Millionen deutsche Staatsbürger und 11,6 Millionen Ausländer.

Im Westen der Republik ist der Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte deutlich höher als auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Im Sinne der Bevölkerungsstatistik hat ein Mensch einen Migrationshintergrund wenn entweder er selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist.

Das Verhältnis zwischen Jugendlichen aus sozialen Brennpunkten und der Polizei ist auch in Deutschland teilweise problembehaftet. Allerdings sind Fälle von massiver Gewalt und Sachbeschädigung seltener als in Frankreich und von deutlich geringerem Umfang.

„Verhältnisse wie in Frankreich haben wir glücklicherweise nicht“, bilanziert Leyendecker. Und warnt zugleich: „Wenn wir bei Problemvierteln aber nicht für eine gute Infrastruktur sorgen, könnte es eines Tages auch hier so weit kommen.“ Immerhin gebe es in Deutschland inzwischen ein Bewusstsein dafür, dass Rassismus ein Problem darstelle und auch einige Projekte und Programme, um gegenzusteuern. Dennoch brauche es mehr Antirassismus-Training - etwa in Schulen und auch bei der Polizei.

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2023/zuwanderung-fuer-rente/> 3.7.2023

Scholz: Zuwanderung wird die Rente sichern

Kanzler Scholz ist überzeugt: Zuwanderung wird Deutschlands Zukunft sichern. Vor Migrantenkrawallen wie aktuell in Frankreich hat er keine Angst.

BERLIN. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat Zuwanderung als positives Zukunftssignal für Deutschland gelobt. „Damit wir eine gute Zukunft haben, damit unser Arbeitsmarkt funktioniert, damit unsere Wirtschaft wächst, werden wir gute Fachkräfte und Arbeitskräfte von außerhalb Deutschlands brauchen, sonst sind die Renten nicht sicher“, sagte er am Sonntag der ARD. Das müsse man auch überall in Deutschland sagen dürfen und sich dem Streit stellen.

Scholz äußerte sich damit zu dem Wahlerfolg der AfD in Sonneberg, bei dem Robert Sesselmann zum ersten Landrat der Partei in Deutschland gewählt wurde. Laut dem Sozialdemokraten ist die AfD eine „schlechte Laune-Partei“ und vertritt „sehr viele rechtsextremistische Positionen“. Darum sei es richtig gewesen, dass in Sonneberg alle Parteien gemeinsam den CDU-Kandidaten unterstützt hätten. „Die demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag“ dürften mit der AfD nicht zusammenarbeiten.

Kanzler hält Ausschreitungen wie in Frankreich für unwahrscheinlich

Scholz äußerte zudem Verständnis für den abgesagten Staatsbesuch des französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Deutschland. Grund dafür sind die [anhaltenden Ausschreitungen](#) im westlichen Nachbarland. „Ich rechne nicht damit, dass Frankreich instabil wird“, bemerkte der Kanzler.

Für Deutschland erwarte er wegen des „leistungsfähigen Sozialstaats“ und der „guten wirtschaftlichen Zukunft“ keine ähnlichen Krawalle. „Dafür gibt es keine Anzeichen“, versicherte er.

Daß die Bundesrepublik wegen Fachkräftemangels eine Zuwanderung von [1,5 Millionen Migranten pro Jahr](#) benötige, sagte am Montag ebenso die Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage, Monika Schnitzer. (ca)

<https://www.france24.com/fr/france/20230705-%C3%A9meutes-urbaines-en-france-g%C3%A9rald-darmanin-dresse-le-bilan-de-d%C3%A9g%C3%A2ts> 6.7.2023

Émeutes urbaines en France: Gérald Darmanin dresse le bilan des dégâts

Städtische Unruhen in Frankreich: Gérald Darmanin zieht eine Bilanz der Schäden

....In Frankreich ist die Zeit gekommen, Bilanz zu ziehen. Nach einer Woche der Unruhen, die auf den Tod von Nahel folgten, zieht Innenminister Gérald Darmanin, der am Mittwoch, den 5. Juli vom Rechtsausschuss des Senats angehört wurde, eine Bilanz der Sachbeschädigungen.

Seit Beginn der Gewalt am 27. Juni wurden 23.878 Brände auf öffentlichen Straßen gezählt, wie der Minister ausführte. Es wurden 12.031 Fahrzeuge angezündet, 2.508 Gebäude in Brand gesteckt oder beschädigt, davon 273, die "den Ordnungskräften gehören". 105 Rathäuser wurden "in Brand gesteckt oder beschädigt" und 168 Schulen "waren Gegenstand von Angriffen".

"Siebzehn Angriffe auf gewählte Vertreter" wurden gezählt, darunter der Angriff auf das Haus des Bürgermeisters von L'Haÿ-les-Roses südlich von Paris, ein Angriff mit einem Panzerwagen, der im ganzen Land für Empörung sorgte.